

Im Gespräch mit: Nicola Forster

Was, wenn sich die Schweiz und die EU nicht auf ein Weitergehen des bilateralen Wegs einigen? Dann biete sich ein EWR-Beitritt an, sagt Nicola Forster, Gründer der Denkfabrik Foraus. Über sich selbst sagt er: «Ich bin ein grosser Fan der Schweizer Neutralität.»

«Politik ist nie perfekt»

Reto Zanettin

Herr Forster, kürzlich sagten Sie, ein Grossteil der Schweizer Gesetze werde EU-kompatibel gemacht. Wie kommen Sie darauf?

Nicola Forster: Diverse Studien zeigen auf, wie stark die Schweiz mit ihrem «autonomen Nachvollzug» von EU-Gesetzen in Europa eingebettet ist. Diese EU-Kompatibilität ist sinnvoll, damit beispielsweise unsere Wirtschaft exportieren und importieren kann. Im Alltag leben wir eine geteilte Souveränität mit Europa, in den Sonntagsreden betonen wir aber den Sonderfall und unsere Unabhängigkeit. Da schwindeln wir uns etwas vor. Die EU beeinflusst die Schweizer Gesetzgebung massgebend.

Was ist die Substanz Ihres Arguments – ist es nicht so, dass alle Schweizer Gesetze vom Volk entweder explizit angenommen oder stillschweigend akzeptiert werden? Die EU beeinflusst gar nichts, was die Schweiz nicht will.

Forster: Ich wage zu behaupten, dass Sie, ich und der Rest der Schweizer Bevölkerung nur einen Bruchteil der Gesetze kennt, die laufend beschlossen werden. Sogar Parlamentarier winken Gesetze zuweilen einfach durch, ohne sie genau zu kennen. Wir sind heute stärker in Europa integriert als gewisse Mitgliedsstaaten, verdrängen diese Realität aber.

Schon im Vernehmlassungsverfahren werden die interessierten Kreise – Parteien und Verbände – eingebunden. Diese wissen doch, was läuft.

Forster: Die Konkordanz funktioniert nicht mehr so gut wie früher. Gerade in der Europapolitik wird das deutlich: Alle kämpfen für ihre eigenen Anliegen, und der Bundesrat bringt keine Einigung zustande. Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände repräsentieren die Arbeitnehmer und Unternehmen immer weniger. Wir sollten dafür sorgen, dass die breite Bevölkerung wieder besser in den politischen Prozess involviert ist. Dann gelingen auch wieder grössere Reformen. Dass der Bundesrat eine Abstimmung über ein so wichtiges Thema wie das Rahmenabkommen verhindert hat, ist unserer direkten Demokratie nicht würdig.

In Schaffhausen werden Sie zum Thema «Schweiz und Europa – wie schaffen wir den Aufbruch?» sprechen. Wie wollen Sie realitätsnah über einen Aufbruch sprechen, nachdem Bern und Brüssel seit über einem Jahr kleinteilig nur darüber reden, ob und inwiefern sie überhaupt wieder miteinander verhandeln werden?

Forster: Die Forschung, die Strombranche oder bald auch die Maschinenindustrie haben zusehends Probleme, weil wir keine Lösung mit der EU haben. Zudem wird es zeitlich eng. Verhandlungen sollten noch vor den Wahlen in der Schweiz und in der EU starten, also noch vor dem Sommer. Sonst gehen die bilateralen Beziehungen in den Wechseln von Regierenden, Parlamentariern und Beamten unter. Dann ist eine Lösung erst ab 2026 realistisch. Das ist für die betroffenen Branchen schlicht zu spät.

Mitte März treffen sich der Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis und der EU-Kommissions-Vize Maroš Šefčovič. Ein idealer Zeitpunkt?

Forster: Nach den Sondierungen sind die wesentlichen Fragen auf dem Tisch. Jetzt muss man entscheiden, ob man verhandelt oder abbricht. Für den bilateralen Weg ist das der Moment der letzten Chance.

Angenommen, die Schweiz und die EU gehen in neue Verhandlungen. Was wäre ein gutes Ergebnis, das man anstreben sollte?

Forster: Eines, das pragmatisch ist. Pragmatismus passt zur Schweiz. Es geht darum, Probleme zu lösen. Und der bilaterale Weg ist eine Problemlösungsmaschine.



Nicola Forster sieht den Moment der letzten Chance für den bilateralen Weg in den nächsten Tagen kommen. BILD KEY

Doch dazu muss man sich erst einmal einigen. Es braucht stets zwei – wie beim Tanzen. Wenn die EU Foxtrott tanzt und wir Walzer, dann muss man sich zunächst Schritt für Schritt annähern.

Was, wenn das misslingt?

Forster: Dann bietet sich ein EWR-Beitritt an. Der EWR entspricht der Schweizer Europapolitik seit dem Zweiten Weltkrieg: Eine politische Integration wird vermieden und der Zugang zum Binnenmarkt sichergestellt. In aktuellen Umfragen spricht sich eine Mehrheit dafür aus.

Die Schweiz hat den EWR vor dreissig Jahren abgelehnt. Zudem hat jüngst eine Studie ergeben, dass für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit ein modernes Freihandelsabkommen, wie es Kanada mit der EU hat, sehr geeignet ist.

Forster: Auch über das Frauenstimmrecht mussten wir mehrfach abstimmen. Eine erneute EWR-Abstimmung eine Generation später ist legitim, auch weil sich die Welt seither fundamental verändert hat. Die Schweiz hat den EWR selbst mitverhandelt, dann aber doch Nein gesagt. Heute sehen wir, dass Norwegen gute Erfahrungen damit macht. Ein Freihandelsabkommen wie mit Kanada wird nicht reichen, um das komplexe Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU zu regeln. Kanada liegt nicht in Europa, die Schweiz

Vortrag «Schweiz und Europa – wie schaffen wir den Aufbruch?»

Donnerstag, 16. März, um 18.30 Uhr in der Rathauslaube in Schaffhausen

Zur Person

Nicola Forster, 37, ist Co-Präsident der Grünliberalen des Kantons Zürich, Präsident der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft und Gründer der ausserpolitischen Denkfabrik Foraus. Zusammen mit dem Europaabgeordneten Andreas Schwab hat er ein Buch zum Verhältnis Schweiz – EU verfasst. Forster hat in Zürich, Lausanne und Montpellier Rechtswissenschaften studiert.

hingegen befindet sich im Herzen des Kontinents. Wir sind in ständigem Austausch mit der EU, regeln von Chemikalien, Lebensmitteldeklarationen bis zu Kultur alles miteinander.

Egal, in welche Richtung Verhandlungen laufen, Prüfstein werden die institutionellen Fragen sein. Die EU wird auf die dynamische Rechtsübernahme und den Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Streitschlichtungsorgan pochen.

Forster: Das Rahmenabkommen sah ein Schiedsgericht vor, das für die Auslegung von EU-Recht den EuGH hätte konsultieren müssen. Das war das Maximum, das die Schweiz herausholen konnte. Das sehen wir jetzt auch bei der Einigung zwischen der EU und Grossbritannien im Streit um Nordirland. Denn es ist doch klar, dass die EU über ihr eigenes Recht befinden will. Sie möchte in ihrem Binnenmarkt überall die gleichen Regeln durchsetzen. Man kann auch nicht an einer Fussball-Weltmeisterschaft teilnehmen, ohne die Regeln des Weltfussballverbands zu akzeptieren.

Die SVP wird den EuGH nie und nimmer akzeptieren – Stichwort fremde Richter.

Forster: Es ist doch kein Weltuntergang, wenn eine Partei eine andere Meinung vertritt. Worauf es ankommt: Der Bundesrat muss Führungsstärke zeigen. Er muss abwägen. Kommt die EU der Schweiz beim

Lohnschutz entgegen, kann man bei der Streitschlichtung einen Kompromiss eingehen. Im Moment reden aber alle durcheinander, und der Bundesrat führt nicht.

Der Bundesrat müsste also die Interessen bündeln?

Forster: Politik ist nie perfekt, nie 100 Prozent. Wenn wir eine Kompromisslösung mit der EU finden, die für 60 oder 70 Prozent des Landes stimmt, ist das in Ordnung.

Das widerspricht der Konkordanz.

Forster: Wir haben zu viele Vetospieler. Solange man ihnen ihre Vetoposition lässt, werden sie Maximalforderungen stellen – die Gewerkschaften etwa werden nicht nur den Lohnschutz, sondern auch Mindestlöhne durchzudrücken versuchen. Es muss nicht immer allen alles passen. Sondern: Lösungen sollten für die meisten akzeptabel sein. Ich wünsche mir wirklich mehr Pragmatismus. Eine Lösung für die Schweiz mit der EU ist wichtiger als der Umstand, dass alle 100 Prozent zufrieden sind.

Europäische Länder, etwa Deutschland, liefern Waffen in die Ukraine. Die Schweiz erlaubt bisher keine Wiederausfuhren. Welche Haltung vertreten Sie in dieser Frage?

Forster: Ich bin ein grosser Fan der Schweizer Neutralität. Sie hat uns Jahrzehnte lang gut gedient. Jetzt aber herrscht Krieg in der Ukraine, und es ist offenkundig, dass Russland als autoritärer Staat eine Bedrohung für europäische Werte ist. Wir müssen jetzt darüber reden, was Neutralität heute bedeutet. An den Waffenlieferungen zeigt sich, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Doch wer strikt neutral bleibt, hilft dem Aggressor, also Russland.

Was schlagen Sie vor?

Forster: Möglich wäre, dass die Schweiz Wiederausfuhren zulässt. Und sie sollte jetzt einen gewaltigen humanitären Effort leisten. Aktuell sind wir Trittbrettfahrer in Europa – die anderen Länder sorgen militärisch für unsere Sicherheit und zahlen erst noch mehr für die Bewältigung der Krise. So gerät unsere Neutralität immer mehr unter Druck.

Sie sprachen von Wiederausfuhren. Wie begründen Sie es, dass die Schweiz in einem laufenden Konflikt eine bestehende Praxis zugunsten einer Kriegspartei ändert?

Forster: Die Neutralität hat sich über die Jahrhunderte immer wieder angepasst. Wir müssen uns fragen, was in unserem, aber auch im Interesse unserer Partner liegt. Deutschland ist überhaupt nicht einverstanden, wie wir unsere Neutralität leben. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Wie?

Forster: Die Schweiz könnte Panzer liefern, damit Deutschland das eigene Arsenal auffüllen kann. Ein Ringtausch also, unter Wahrung der Neutralität – die anderen Länder liefern ihre Waffen ja sowieso. Also ist es eine gute Möglichkeit für die Schweiz, den Druck zu verkleinern.

Wie stark sollte sich die Schweiz humanitär engagieren – mit 1, 10, 20 oder sogar 50 Milliarden Franken, wenn der Wiederaufbau der Ukraine Stand heute schätzungsweise 100 Milliarden oder mehr kostet?

Forster: Man wird mit der ganz grossen Kelle anrühren müssen: Zum Wiederaufbau der Ukraine wird es eine Art Marshallplan brauchen, und die Schweiz sollte eine wichtige Rolle spielen. Tausende Ukrainerinnen und Ukrainer sind in die Schweiz geflohen. Viele werden bleiben. Das wird unser Land verändern. Aber warum soll das nicht positiv und eine Chance für uns sein?